

## Energie - eine Frage der Gerechtigkeit

Atomfreier Strom macht noch keine Energiewende. Wirklichen Fortschritt gibt es nur durch eine Minimierung der Risiken aller Formen der Energieerzeugung. Zudem bedarf es der Balance zwischen verschiedenen Gütern wie Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit - und das im weltweiten Maßstab.

*Von Reinhard Kardinal Marx*

Die öffentliche Debatte über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland greift zu kurz. Denn sie kreist im Wesentlichen um die Angst vor einer atomaren Katastrophe. Diese Reaktion ist angesichts der furchtbaren Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl und der nach wie vor ungelösten Frage der Endlagerung von Atommüll zwar nur allzu verständlich. Dasselbe gilt von der richtigen Forderung nach einem schnellstmöglichen Ende der Stromerzeugung aus Atomkraft. Doch leider bleibt in dieser Debatte weitgehend außer Acht, dass die sogenannte Energiewende nicht darin bestehen kann, blind aus einer riskanten und letztlich unverantwortlichen Energieform zu fliehen.

Das Thema ist vielschichtig. Neben der Frage, ob die Deutschen die Risiken der Atomenergie weiter tragen wollen, rücken auch andere Entwicklungen noch einmal in den Vordergrund: etwa die Übernutzung fossiler Ressourcen wie Kohle, Erdöl und Erdgas, der immer bedrohlicher werdende globale Klimawandel, die damit einhergehende Zunahme außergewöhnlicher Naturkatastrophen, nicht zu vergessen der rapide wachsende Energiebedarf in aufsteigenden Entwicklungs- und Schwellenländern. Es ist dringend erforderlich, sich umfassend mit umwelt- und energiepolitischen Fragen zu beschäftigen. Dieser Aufgabe muss sich die deutsche Gesellschaft stellen, ohne die Komplexität des Themas zu ignorieren und vor der erforderlichen Genauigkeit und Differenzierung zurückzuschrecken.

Schon vor zwei Jahren hatte die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz beschlossen, sich umfassend mit dem Thema Energiepolitik zu beschäftigen. Dass das Ergebnis dieser grundlegenden Befassung zu einem Zeitpunkt vorliegen könnte, an dem die Zukunft der Energieversorgung die Welt in Atem hält, war zu Beginn der Arbeit nicht abzusehen. Dieses Zusammentreffen erklärt auch, warum es sich bei dem Expertentext "Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie", den die Deutsche Bischofskonferenz jetzt veröffentlicht, nicht um eine Stellungnahme zur Atomenergie handelt, wie man vielleicht erwarten könnte. Der Horizont der Kirche wird gerade nicht durch das Thema Kernenergie begrenzt. Uns geht es vor allem um die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Energieversorgung: So ist umweltethisches Handeln im Schöpfungsglauben verankert. Zudem ist die Energiefrage zentral eine Gerechtigkeitsfrage.

Zu Recht hat deshalb auch Papst Benedikt XVI. in seiner bedeutenden Sozialzyklika "Caritas in veritate" darauf hingewiesen, dass die Energieversorgung eine der größten Herausforderungen für die zivilisatorische Entwicklung der Menschheit ist. Die Übernutzung knapper Energieressourcen und der bedrohliche Klimawandel durch fossilen Energieverbrauch verletzen schon heute die globale, intergenerationelle und ökologische Gerechtigkeit. Zudem besitzt ein beträchtlicher Teil der Menschheit noch immer keinen offenen und kostengünstigen Zugang zu Energie. Damit fehlt die notwendige Basis zur Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse.

Das Leben mit elektrischem Licht ist Westeuropa so selbstverständlich und unabdingbar, dass uns ein Leben ohne diese Errungenschaft unvorstellbar erscheint. Über die Gewöhnung an das allzu Selbstverständliche ist in Vergessenheit geraten, welche ein kostbares Gut Energie für den Menschen darstellt. Der Zugang zu Energie ist die Grundlage für ökonomischen und sozialen Fortschritt, für Wohlstand und sozialen Frieden. Energiemangel ist hingegen das Schlüsselproblem der Armut. Betroffen sind vor allem die Entwicklungsländer. Energiemangel bringt vielschichtige, ja fundamentale Probleme mit sich, die sich einer elektrifizierten Welt gar nicht mehr erschließen wollen: Der Mangel an Energie verzögert die wirtschaftliche Entwicklung, auf dem Feld der Landwirtschaft nicht weniger als auf dem der Kommunikation. Auf dem Spiel stehen aber nicht nur die Entwicklungschancen der Volkswirtschaft. Manchmal geht es auch um das schiere Überleben. Weil Wasser nicht hinreichend abgekocht werden kann, fehlt es an Trinkwasser. Traditionelle, mit Holz oder Dungfeuer betriebene Kochstellen sind Quellen ernster Erkrankungen. Die Sicherstellung der Energieversorgung für alle Menschen muss daher die Maxime eines nachhaltigen Umgangs mit Energie sein.

Mit der Frage nach einem gerechten Zugang zu Energie eng verbunden ist der Schutz des Klimas. Der immer bedrohlichere Klimawandel beeinträchtigt weltweit zunehmend die Lebensbedingungen der Menschen und trifft besonders die Entwicklungsländer. Ein grundlegendes ethisches Problem besteht darin, dass die Verursacher des hohen Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen nicht identisch sind mit denjenigen, die die Folgen dieses Verhaltens zu tragen haben. Insofern ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts mit der Aufgabe verknüpft, die ökologischen Folgekosten der Energienutzung nach dem Verursacherprinzip global gerecht zu verteilen.

Schon im Jahr 1997 wurde im Kyoto-Protokoll anerkannt, dass die Mitglieder der Staatengemeinschaft unterschiedliche Verantwortung tragen. Vor allem die Industrienationen, die die Energiekosten auf die Umwelt abgewälzt haben und immer noch den größten Anteil an Treibhausgasen ausstoßen, sind in der Pflicht. Die Energiepolitik der Zukunft muss sich daher an der globalen Gerechtigkeit orientieren. Dazu gehört der Einsatz für das Recht auf Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Das fundamentale Dilemma der Klima- und Energiepolitik, dass Nutznießer und Leidtragende nicht identisch sind, betrifft indes nicht nur die gegenwärtige Weltgemeinschaft. Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich vor allem angesichts des Verhältnisses zwischen den jetzt lebenden und den nachfolgenden Generationen. Wie heute mit Energie umgegangen wird, hat Auswirkungen, die weit über unsere Lebensspanne hinausreichen. Jede Form der Energieerzeugung jetzt wie in Zukunft muss sich daher auch am Maßstab intergenerationeller und globaler Gerechtigkeit orientieren. Dafür brauchen die nachfolgenden Generationen eine Art Mitspracherecht. Die von Gott geschenkte Erde muss ihnen und allen Geschöpfen als zukunftsfähiges "Lebenshaus"

bewahrt werden. Damit ihnen vergleichbare Wohlstandschancen eröffnet werden, muss der Verbrauch erschöpfbarer energetischer Ressourcen durch möglichst regenerierbare Energieformen ausgeglichen werden.

Die Sicherstellung der Energieversorgung ist jedoch nur ein Aspekt von mehreren. Auch die Nebenwirkungen der Energiegewinnung müssen beachtet werden, vor allem die Auswirkungen auf die Schöpfung und das Leben der Menschen. Klima- und Umweltschutz sind Gebote ökologischer Gerechtigkeit. Diese verlangt Lebens- und Verhaltensweisen, die von Maßhalten und Solidarität geprägt sind. Wirtschafts- und Lebensstile sind ernsthaft zu überprüfen. Der Einzelne, aber auch Gesellschaft und Staat dürfen nicht gleichgültig sein gegenüber den Schäden, die sie anrichten.

Alle energiepolitischen Entscheidungen stehen daher in einem Zieldreieck von Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Diese Ziele stehen durchaus in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander. Je nach Gewichtung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte werden unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Es ist vor allem die Aufgabe der Politik, eine Balance zwischen diesen Zielvorstellungen herzustellen und sich dabei am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren.

Vor diesem Hintergrund ist eine ethische Bewertung der Kernenergie von besonderem Interesse. Eine gesicherte Energieversorgung, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit sind wichtige Ziele, zu denen die Kernenergie einen Beitrag leisten kann - vor allem, wenn man von einem weiter steigenden Strombedarf ausgehen muss. Dennoch ist der Einsatz von Kernenergie seit langem umstritten.

Immer wieder haben sich auch die deutschen Bischöfe über die ethische Bewertung der Kernenergie Gedanken gemacht. Schon 1980 haben sie in der Erklärung "Zukunft der Schöpfung - Zukunft der Menschheit" festgehalten, dass es selbst dann, wenn sittlich verantwortbare Wege zur Bereitstellung und Nutzung der Atomenergie gefunden würden, bedenklich bliebe, sich in der Großplanung auf nur eine Energieart festzulegen. Besser als der Ausbau einer Energieart, der die Zukunft weiter Teile der Menschheit auf lange Zeit hin technologisch festlege und kommenden Generationen den Spielraum für eigene Entscheidungen nehme, seien mehrere, sich ergänzende Wege. Diese Erklärung stand unter dem Eindruck der Diskussionen, die seit Beginn der siebziger Jahre über die Grenzen des Wachstums infolge der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen und der Zerstörung von Lebensraum geführt wurden. Auch die damalige Ölkrise bestimmte den Gang der Debatte. Die Bischöfe sahen es damals allerdings nicht als ihre Aufgabe an, ein energie- und umweltpolitisches Konzept zu erstellen. Damals wie heute fühlen sie sich jedoch verpflichtet, Maßstäbe zu formulieren, an denen sich Politik, Wirtschaft und Technik orientieren können.

Aus Anlass dieses Bischofswortes hielt der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, im Herbst 1980 einen Vortrag über das Thema "Mensch und Natur im technischen Zeitalter". Weil der Kölner Kardinal darin grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Atomenergie formulierte, wurde er viel beachtet. Für Höffner entscheidend war die Frage der Sicherheit. Da die Nutzung der Atomenergie die "risikoreichste Technik" sei und die Gefahr von "qualitativ besonderer Art", sei der Schutz der Menschheit vor der Kernenergie "Aufgabe aller Staaten". Wissenschaft und Technik müssten Ausschau halten nach neuen, möglichst umweltfreundlichen und nicht weniger risikobehafteten Formen der Energieerzeugung.

Große Hoffnungen verband Kardinal Höffner mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie nie. Er hielt sie allenfalls als eine Übergangstechnik für verantwortbar, vorausgesetzt, es werde ernsthaft nach alternativen Energieformen gesucht. Gleichzeitig dürfe das Bemühen nicht nachlassen, die verbleibenden Sicherheitsrisiken zu verringern.

Auch der von der Deutschen Bischofskonferenz 2006 veröffentlichte Expertentext "Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationaler und ökologischer Gerechtigkeit" kam in seiner ethischen Bewertung der Kernenergie zu dem Ergebnis, dass die Nutzung dieser Energieform keine dauerhaft tragfähige Lösung sei. Wegen der ungeklärten Entsorgung, der Möglichkeit großflächiger Katastrophen und terroristischer Anschläge hielten die Bischöfe die Nutzung der Kernenergie schon vor fünf Jahren nicht länger für vertretbar. An dieser Haltung hat sich nichts geändert. Deshalb ist das Tempo auf dem Weg in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien ebenso zu beschleunigen wie die Stromerzeugung mit Hilfe der Atomenergie baldmöglichst zu beenden. Dabei sind unabhängig von der weiteren Nutzungsdauer der Atomenergie Lösungen zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls dringend erforderlich. Denn die vorhandenen wie künftigen Abfallmengen müssen sicher, sozial- und umweltverträglich entsorgt werden.

Einer widerspruchsfreien Energiepolitik bedarf es nicht nur auf nationaler Ebene. Notwendig sind auch internationale Verhandlungen über entsprechende Rahmenbedingungen. Sicher wird die Kernenergie in zahlreichen Staaten vorerst weiter genutzt werden. Nach dem Prinzip der globalen Verantwortung folgt daraus die Verpflichtung, in internationalen Gremien substantielle Beiträge zur Sicherheit von Kernkraftwerken, zur Lösung der Zwischen- und Endlagerungsproblematik sowie zum Ausstieg aus der Kernenergie zu leisten. In diesem Zusammenhang könnte von der Abkehr von der Atomkraft in Deutschland eine Signalwirkung ausgehen. Es kann nicht das Ziel der Energiewende sein, sich moralisch hervorzutun. Wir müssen allen Ehrgeiz daransetzen, Alternativen für die Zukunft zu entwickeln und die Zielkonflikte zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit immer weiter zu verringern. Die Welt wird mit Interesse verfolgen, ob es Deutschland als Hochtechnologie- und Industrieland gelingt, auf diesem Weg verantwortungsvoll voranzugehen.

In der ethischen Diskussion müssen auch die Folgen eines Ausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie bedacht werden. Geboten ist nicht ein "sofort um jeden Preis", sondern eine Politik, die die negativen Nebenwirkungen so gering wie möglich hält. Sicher sind in Deutschland die Weichen für einen Umbau der Energieversorgung seit längerer Zeit gestellt. Aber der Fokus lag bisher zu stark auf der Neuorientierung der Energieerzeugung. Die Planung der mit einem Umstieg erforderlich werdenden Infrastruktur hinkt hinterher. Der Ausstieg aus der Atomenergie setzt daher unbedingt Investitionen in die Erforschung und den Ausbau der Übertragungswege und der Speichertechnologien voraus.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in der verantwortungsethischen Bewertung unterschiedlicher Strategien der Energieversorgung spielt auch die Abwägung verschiedener Risiken. Auch neue Formen der Energiegewinnung sind mit Risiken verbunden und werfen Zielkonflikte auf: Das zeigt sich bei Hochsee-Windanlagen, die das Ökosystem beeinträchtigen, beim Anbau sogenannter Energiepflanzen, die in Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln treten, oder anhand der Risiken der Geothermie, die nur an geologisch geeigneten Standorten möglich ist. Es ist unbedingt notwendig, Risiken in ihren Verflechtungen wahrzunehmen. Deshalb ist das Ergebnis

einer verantwortungsvollen Risikoabwägung nicht die absolute Minimierung jeglichen Risikos. Gute Politik besteht in der Vermeidung einer kritischen Schwelle von Risiken und in der Erhöhung der Problemlösungspotentiale.

Der Ausstieg aus der Kernenergie sollte daher auf jeden Fall unter der Prämisse einer gleichzeitigen Abkehr von den fossilen Energieträgern erfolgen. Diese Forderung erfordert in vielfacher Hinsicht einen Kurswechsel: Atomfreier Strom macht noch keine Energiewende. Ein nachhaltiger Umgang mit Energie und ein Wandel der Energieversorgung sind daher auf drei Wegen zu erreichen, auf die auch Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika "Caritas in veritate" hingewiesen hat. Erstens sollte durch Einsparungen der Energieverbrauch reduziert werden. Ein sparsamer Umgang mit Energie erfordert ein neues Verantwortungsbewusstsein der Konsumenten und einen Wandel des Lebensstils. Zweitens sollten herkömmliche Energieformen effizienter genutzt werden. Diese Effizienzsteigerung kann erreicht werden im Wege von Einsparungen, etwa im Bereich der Wärmedämmung, der Mobilität oder des Stromverbrauchs, aber auch durch technische Innovation zur Steigerung der Energieausbeute. Drittens ist eine Wende hin zu regenerativen Energien erforderlich. Schrittmacher dieser Entwicklung müssen neben Forschungseinrichtungen insbesondere die energieproduzierenden und energieintensiven Unternehmen sein. Unerlässlich sind darüber hinaus eine technologieoffene Förderung sowie der oftmals umstrittene Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur für die Energiewende. Die drei Wege beschreiten müssen nicht nur Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Zu einer Energiewende gehört die Bereitschaft jedes Einzelnen, auch seinen Lebensstil zu verändern. Dann könnte auch deutlich werden, dass eine Energiewende kein Rückschritt ist, sondern eher eine neue, nachhaltige Fortschrittsidee voranbringt, die einer "neuen humanistischen Synthese" verpflichtet ist, wie sie Papst Benedikt XVI. in "Caritas in veritate" fordert.

Der Expertentext "Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie" ist ein Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion über die Erfordernisse einer verantwortungsvollen Energiepolitik. Im Mittelpunkt stehen weniger technische Fragen als komplexe ethische Abwägungen zwischen den unterschiedlichen Erfordernissen von Sicherheit, Schöpfungsverantwortung sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Ein Umsteuern in der Energiepolitik ist aus Gründen der Solidarität und der Gerechtigkeit geboten.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" hat den Auftrag, einen gesellschaftlichen Konsens über die zukünftige Gestaltung der Energieversorgung zu erzielen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist es dabei, ein Ergebnis vorzulegen, das Legislaturperioden überdauert und über Parteigrenzen hinausreicht, das Planungssicherheit für Unternehmen und Energieanbieter gewährt, aber zugleich deutlich macht, dass es um eine Gemeinschaftsaufgabe geht. Diese Aufgabe ist nicht leicht, und sie ist mit der Übergabe eines Berichtes nicht erledigt. Für mich ist klar: Die Energiepolitik gehört zu den großen Fragen unseres Landes, die einen breiten Konsens erfordern, wie es etwa bei den Grundlagen der Sozial- oder Außenpolitik in unserem Land der Fall ist.

Auch die deutschen Bischöfe schließen mit der Veröffentlichung des Expertentextes "Der Schöpfung verpflichtet" dieses Thema keineswegs ab. Wir haben einen Anspruch an die Gesellschaft formuliert, an dem wir uns auch selbst messen lassen. Die Kirche ist bereit, sich auf der Grundlage ihrer Soziallehre dieser vielschichtigen Aufgabe im

gesellschaftlichen Dialog und in der eigenen Praxis zu stellen.

Der Verfasser ist Erzbischof von München und Freising und gehört der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" der Bundesregierung an. Der Expertentext "Der Schöpfung verpflichtet" ist im Internet unter <http://www.dbk.de/nc/> abrufbar.

**Bildunterschrift:**

Gerd Winner: Roadmarks, 1986, 100 × 100 cm, Mischtechnik auf Leinwand.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.